

MACHT-/SOUVERÄNITÄTSPOLITIK UND AGRARFREIHANDEL

1. Machtpolitik bzw. Souveränität und AFH können zusammenhängen, denn Grundnahrungsmittel sind sensitive, und daher machtpolitisch hoch relevante Güter.
2. Überall wo Agrarfreihandel die Inlandproduktion durch Importe ersetzt, können Grundnahrungsmittel zu einem gewichtigen politischen Pfand werden.
3. Je höher die Importabhängigkeit bei Grundnahrungsmittel ist, desto glaubwürdiger können sie im internationalen „Powerplay“ zur Durchsetzung externer Interessen eingesetzt werden.

Frühere Interessen z.B. militär. Terraingewinn etc.

Moderne Interessen: Datenlieferungen, Zahlungen an internat. Organisationen, Übernahme von Gesetzen, Ratifizierung internationaler Verträge, etc.

Die Erfahrung der jüngeren Geschichte in Europa legen als Durchsetzungsmethoden nahe:

- a. **physische Aktion** (*hier: Lieferunterbindung von Nahrung*).

Wahrscheinlicher und effizienter dürften jedoch sein:

- b. **Erpressung** (*Auflagen, Dossier Verknüpfungen, „schwarze Listen“, öffentliche Betonung der Abhängigkeit, etc.*) - bzw.
- c. **„Selbsterpressung“** (= *Nachgeben als Folge gedanklich antizipierter Drohung bzw. antizipierter Repressionen bei Abhängigkeit*).

Vgl. Metapher P. Steinbrück, 2009: "Die Kavallerie in Fort Yuma muss nicht immer ausreiten, manchmal reicht es, wenn die Indianer wissen, dass sie da ist." - Oder die Rolle der „Guillotineklausel“ in der parlament. Diskussion um Art. 121a BV (MEI).

Anfälligkeit auf Erpressung und Selbsterpressung

steigt mit

- Sensibilität des Gutes (Nahrung = hochsensibel)
- Mass der Abhängigkeit
- Konfliktvermeidungskultur



(Michael Ambühl, ehemaliger [Staatssekretär](#) im EFD und EDA, Professor für Verhandlungsführung und Konfliktmanagement [ETH Zürich](#))



vom 27. April 2016

(Zitat Auszug; Fettruck durch H. Dür)

„Typische Verhaltensmuster des schweizerischen Regierungssystems

....
Allgemeine Konsenskultur bzw. Konfliktvermeidung: In der Innenpolitik wird mit Erfolg Konsens praktiziert, der auf das Erreichen gemeinsamer Lösungen ausgerichtet ist. → Eine entsprechende Extrapolation der Innen- auf die Aussenpolitik verhindert, hart auftreten und **DRUCK AUSHALTEN ZU KÖNNEN.**“

Erpressung / Druck durch Dossierverknüpfung



Fazit:

- Agrarfreihandel kann unter bestimmten ökonomischen Voraussetzungen zu hoher Importabhängigkeit führen. Damit wird die Nahrungsmittelversorgung ev. unerwünscht stark von externen Interessen abhängig.
- Ob die Schweiz Agrarfreihandel will, ist daher nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem eine souveränitätspolitische Entscheidung.
- „Agrarpolitik“ → „Land- und Ernährungspolitik“

VERSORGUNGSSICHERHEIT DURCH FREIHANDELSVERTRÄGE ?

- Freihandelsverträge: Völkerrechtliche Verträge, die **Rahmen** für [internationalen Handel](#) zwischen **potentiellen** Lieferanten und Nachfragern regeln.
- Kernelemente:
 - Höhe der **Zölle** (völliger FH: Zoll = \$ 0.-)
 - **Kontingente** (völliger FH: Keine Einschränkung)
 - Reziproke **rechtliche Anerkennungen** (NTH)
- **Nicht** Element von Freihandelsverträgen: Liefer- oder Nachfrage**verpflichtungen**.
- Möglichkeit in Krisenfall (z.B. nationale oder gar globale Missernte, Epidemien, Massimmigration bei knappen Vorräten, etc.): Lieferanten des erhofften Exportlandes priorisieren einheimische Bevölkerung.
- **Problem für Importabhängigen:** Freihandelsvertrag enthält
 - keine einklagbaren Rechte für effektive Belieferung
 - keine anrufbaren Vollzugsorgane zur Liefererzwingung
- Zudem: Staaten verhängen in Krisenjahren oft – allenfalls auch rechtswidrig – Exportrestriktionen (über 40 Staaten 2007, und sogar in der EU wurde das damals erwogen).

Fazit:

- **Freihandelsabkommen sind keine Beistandsabkommen.**
- Sie können im Notfall die Eigenvorsorge nicht ersetzen.
- Resilienz Schweizerisches Ernährungssystem: Schock beim Abbau des Grenzschutzes berücksichtigen. Die Anreize für Ernährungssystem könnten wegbrechen.